

Staatsanwaltschaft setzt Belohnung von 10 000 DM aus

Für Hinweise auf Brandstifter — Polizei: Rettungsarbeiten wurden von uns nicht behindert — Hohe Temperaturen

Für Hinweise auf einen Brandstifter hat die Duisburger Staatsanwaltschaft gestern eine Belohnung von 10 000 DM ausgesetzt, die ausschließlich für Privatpersonen bestimmt sei. Nach dem Großbrand an der Ecke Fischer-/ Wanheimerstraße gehe man, so Staatsanwalt Schnittcher, vorläufig von einer vorsätzlichen Brandstiftung aus, weil bestimmte Umstände dafür sprächen; zusätzlich seien „ermittlungstechnische Gründe“ maßgebend. Schnittcher schränkte zugleich ein, daß die vorsätzliche Brandstiftung nur eine der Möglichkeiten der Brandentstehung seien.

In dem Haus müssen während des Infernos enorme Temperaturen geherrscht haben, die viele Spuren verwischten. Dennoch sind Spezialisten des Landeskriminalamtes nach wie vor mit einer feintechnischen Untersuchung des Brandschutts

beschäftigt.

Die Hilfe für die obdachlos gewordenen Menschen ist an einer Stelle koordiniert worden. Wer Möbel, Hausrat oder Geld zur Verfügung stellen möchte, wende sich unter der Nummer 33 50 80 an die Arbeiterwohl-

fahrt. Ein Mitarbeiter kommt dann zu den Leuten und sieht sich die Sachen auf ihre Verwendbarkeit hin an. Wenn Dinge geeignet erscheinen, müssen sie nicht selbst von den Bürgern irgendwohin transportiert werden.

Umgehende Hilfeleistungen von Nachbarn und Anwohnern sind bereits erfolgt: So hat die Bäckerfamilie Embers das Zimmer des Sohns zur Verfügung gestellt, in dem sich bereits Geschirr und Hausrat stapeln. Ratsherr Peter Schwan, der in

der Nähe des Unglücksorts zu Hause ist, erhielt in einem Lokal spontan von Gästen 50 DM in die Hand gedrückt.

Die Beobachtungen von Anwohnern, die Polizei habe Privatleute mit privaten Leitern beiseite gedrängt, worauf Frauen vor dem Eintreffen der Feuerwehr aus den Fenstern gesprungen seien, werden von der Polizei als falsch bezeichnet. Darstellung des stellvertreten-

den Polizeipräsidenten Rubröder nach Befragen der Beamten, die in der zur Diskussion stehenden Zeit am Brandherd waren: „Als die ersten Wagen der Feuerwehr eintrafen, hatten die Beamten der Schutzpolizei allein die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Feuerwehr bei den Lösch- und Rettungsarbeiten nicht durch Passanten und Neugierige behindert wurde.“ em

Nach dem Brand Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit

„...andere Richtung“ 1.9.84

Von unserem Redaktionsmitglied Peter Hardt RP

Der stellvertretende Polizeipräsident in Duisburg, Rolf Rubröder (im Bild), hat energisch Behauptungen zurückgewiesen, nach denen der schwere Brand in Wanheimerort, bei dem sieben Todesopfer türkischer Nationalität zu beklagen waren, im Zusammenhang mit ausländerfeindlichen Tendenzen gesehen werden müsse. Während die „Föderation der Arbeitervereine der Türkei“ mit Sitz in Düsseldorf gestern in einer Presseerklärung die Feststellung traf, „der barbarische Mordanschlag“ in Duisburg sei „der vorläufige Höhepunkt der ausländerfeindlichen Kampagne“, versicherte Rubröder im Gespräch mit der RP, daß nach dem Stand der Ermittlungen Ausländerfeindlichkeit als Motiv kaum infrage käme. Eine Sonderkommission der Kriminalpolizei, die mit 25 Beamten an der Aufklärung der Brandursache arbeite, habe bereits kon-



krete Hinweise. Diese gingen jedoch „in eine ganz andere Richtung“. Auch sei in Duisburg keine politische Gruppierung bekannt, der ein Anschlag dieser Art zuzutrauen wäre.

Grundsätzlich will der stellvertretende Polizeipräsident zur Zeit allerdings keine mögliche Ursache ausschließen. „Jeder Spur muß nachgegangen werden.“ Die drei Brandsachverständigen, die zu Rate gezogen worden waren, seien sich durchaus nicht in allen Einzelheiten einig. So sei weiterhin auch denkbar, daß eine achtlos fortgeworfene Zigarettenskippe das Feuer zwischen den im Hausflur abgestellten Möbeln entfachte. Allerdings steht — wie berichtet — der Verdacht der vorsätzlichen Brandstiftung bei den Ermittlungen im Vordergrund.

Von einer Welle der Hilfsbereitschaft für die Betroffenen berichtet die Arbeiterwohlfahrt. Die Anrufe von Bürgern, die spenden wollen, seien so zahlreich gewesen, daß die Telefonleitung blockiert wurde. Die Awo wertet dies als „Zeichen der Hoffnung“ im Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern.